Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1867

6.6.1867 (No. 132)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 6. Juni.

Nr. 132. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1867.**

Telegramme.

Schwerin, 4. Juni. Der Landtag hat die Bundesverfassung mit 106 gegen 16 Stimmen angenommen, mit der Erwartung, daß die Stände bei Aenderungen der Bundesverfassung vor Abgabe der Stimme des Landesherrn gehört werden.

† **Wien**, 5. Juni. Unterhaus-Nachtssitzung. Der Justizminister kündigte bevorstehende Gesetzvorlagen an: über das Strafgesetz, Strafprozeß, Zivilprozeß, Konkursordnung, Verlassenschaftsbehandlung, Pflegschaftsbehandlung, Grundbuchs-Ordnung, Einführung der Friedensgerichte, Stellung der Richter, Gerichtsorganisation. Sodann wurden in der Spezialdebatte der Adresse die ersten 12 Absätze unverändert angenommen.

Kopenhagen, 4. Juni. Das Volksthing hat mit 62 gegen 25 Stimmen das Armeeorganisations-Gesetz angenommen. Dasselbe geht nun vor das Landsthing. Vermuthlich ist die Ministerkrisis dadurch beseitigt.

† **London**, 5. Juni. Laut Blaubuch über Luxemburg behauptete Napoleon Anfangs, Holland besitze das absolute Recht, Luxemburg an Frankreich abzutreten. Derselbe versicherte indeß Lord Cowley schon am 19. April, er würde unter keiner Bedingung einen Gebietszuwachs annehmen. Graf Bismarck bedeutete gleichzeitig Lord Loftus, Preußen könne nimmermehr die Festung räumen. Derselbe sagte jedoch dem englischen Gesandten am 26. April, Preußen werde auf der Konferenz behufs der Erhaltung des Friedens zugestehen, was vor der Konferenz zuzugestehen unmöglich war.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. Juni. Wir sind in der Lage, mittheilen zu können, daß mit der am 1. d. Mts. stattgehabten Verhandlung der Ausgleichungskommission über die aus der Gemeinde Tauberbischofsheim angemeldeten Ansprüche das Geschäft der Ausgleichung der Kriegslasten des vorigen Jahres insofern seinen vollständigen Abschluß gefunden hat, als nunmehr nur noch die aus der Einzahlung der letzten Umlage und die Berichtigung der noch rückständigen Guthaben sich ergebende Abwicklung der Kassengeschäfte zu erledigen sein wird. Diese Umlage beträgt, wie wir vernehmen, sechs Kreuzer vom Gulden der Steuerschuldigkeiten, so daß mit der schon früher erhobenen Umlage von zehn Kreuzern eine Gesammtumlage von sechszehn Kreuzern, also von etwas über ein Viertheil einer Jahressteuer, zur Vergütung sämmtlicher Kriegsschäden hingereicht hat. Die Vergütungen, welche die Ausgleichungskommission nach ihrer Zuständigkeit den Beschädigten zuerkannt hat, betragen im Ganzen 898,956 fl. 44 kr.; außerdem sind, wie wir vernehmen, von der Kommission noch Anträge auf weitere ansehnliche Vergütungen — im Betrag von etwa 20,000 fl. — für solche Erlittenheiten eingebracht worden, welche nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. Novbr. v. J. nur in Folge besonderer allerhöchster Ermächtigung zur Ausgleichung zugelassen werden sollen. Wir zweifeln nicht, daß die oben erwähnte Abwicklung der Kassengeschäfte in kurzer Zeit beendigt und damit die vom Gesetz beabsichtigte vollständige Tilgung aller aus der unglücklichen Kriegsperiode des vorigen Jahres erwachsenen Schäden erreicht sein wird. Erwägt man, daß einschließlich der Anmeldungen von Feldbeschädigungen 331 Liquidationen der Gemeinden, welche sich auf 18 Amtsbezirke vertheilen, zu prüfen und zu verbescheiden waren, so kann der Zeitraum von 5½ Monaten, welche die Ausgleichungskommission auf das Geschäft verwendet hat, nur als ein sehr mäßiger bezeichnet werden.

Darmstadt, 3. Juni. Sitzung der Zweiten Kammer vom 3. Juni. (Fr. J.)

Gegenstand der heutigen Berathung war: 1) Die Vorlage des Ministeriums des Aeußern, die Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes in den nördlich des Main gelegenen Gebietstheilen des Großherzogthums betr.; 2) der Antrag der Abgg. Goldmann und Gen., betr. die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf Süddeutschland, und bezw. den Eintritt des Großherzogthums in den Norddeutschen Bund. Beide Gegenstände werden gleichzeitig der Diskussion ausgesetzt.

Bezüglich des erstern Gegenstandes beantragt der Berichterstatter, Abg. Hallwachs, zur Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes in den nördlich des Mains gelegenen Gebietstheilen des Großherzogthums die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; bezüglich des Goldmann'schen Antrags gehen die Meinungen der Ausschußmitglieder sehr auseinander. Zwei Mitglieder, unter ihnen der Berichterstatter (Abg. Werner), stellen folgende Anträge, welche sie als eine präzisere Fassung des Antrags von Goldmann und Genossen betrachten: Die Regierung dringend aufzufordern: 1) sofort in Verhandlungen zu treten mit der Krone Preußen und den süddeutschen Staaten, um die Beziehungen der süddeutschen Staaten zu dem Norddeutschen Bund in Gemäßheit des Art. 79 der Bundesakte auf der Grundlage ihrer Vereinigung zu einem ganz Deutschland umfassenden Bund zu regeln; 2) sollten diese Bemühungen erfolg- und hoffnungslos sich erweisen, mindestens innerhalb Jahresfrist bei dem Präsidium des Norddeutschen Bundes den Eintritt des Großherzogthums, sei es auch allein ohne die anderen süddeutschen Staaten, in den Norddeutschen Bund zu beantragen, wie solches in Alinea 2 des Art. 79 der norddeutschen Bundesakte vorgesehen ist; 3) bis zur Erlangung dieses Ziels die Einheit der Verwaltung, der Besteuerung, der Justiz, des Rechtssystems und der Verkehrsverhältnisse zwischen unseren Landen jenseits und diesseits des Mains in jeder Weise zu erhalten. Zwei weitere Mitglieder, Zentgraff und Kritzler, beantragen, die Pos. 1 und 2 des Antrags des Berichterstatters also zu fassen: Die Regierung dringend zu ersuchen: 1) sofort in Ausführung des Art. 4 des Prager Friedens und des Art. 13 des Friedensvertrags vom 3. September v. J. eine Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbund zu erstreben; 2) falls aber sich diese Bemühungen als erfolg- und hoffnungslos erweisen sollten, mit dem Präsidium des Nordbundes über die Herstellung eines solchen Anschlusses des Großherzogthums bezüglich der Provinzen Starkenburg und Rheinhessen in Unterhandlung zu treten. Zwei weitere Mitglieder empfehlen pure die Annahme des Antrags von Goldmann und Genossen. Endlich sind zwei Mitglieder zunächst für Annahme des Antrags von George und Bamberger, weiter aber auch für Annahme des Antrags von Goldmann und Genossen.

Hallwachs bezeichnet die Annahme desselben als Mittel für die nationale Wiedervereinigung, denn obgleich er kein Verächter des gesprengten Deutschen Bundes gewesen, sehe er doch ein, daß man sich jetzt auf den Boden des Antrags stellen müsse, um den Sieg des preußischen Partikularismus umzuwandeln in einen Sieg der deutschen Nation. Wenn die Kammer heute gegen die Ausdehnung der norddeutschen Bundesverfassung auf die beiden südmainischen Provinzen stimme, so werde sie damit die Zerreißung der staatsrechtlichen Einheit des Landes besiegeln.

Zentgraff glaubt, daß ein Eingehen auf den fraglichen Antrag im Widerspruch stehen würde mit den Bestimmungen des Prager Friedensvertrags, und widmet den finanziellen Nachtheilen, welche dem Lande aus einem sofortigen Anschluß an den Norddeutschen Bund erwachsen würden, eine längere Betrachtung. Präsident Buff zeigt der Kammer an, Hr. v. Dalwigk sei gestern zu einer Ministerkonferenz nach Berlin abgereist, und sei dadurch zu seinem (des Ministers) Bedauern verhindert, in der heutigen Sitzung anwesend zu sein.

Seitz zieht einen Vergleich zwischen den Zuständen, welche unter dem frühern Bund bestanden, und denjenigen, welche der Sieg Preußens geschaffen, eine Parallele, welche bei der bekannten Parteistellung des Redners selbstverständlich sehr zu Ungunsten der letzteren ausfällt: dem alten Bund habe man fünfzig Jahre des Friedens und der Integrität des deutschen Bodens zu verdanken gehabt; jetzt sei Luxemburg, Limburg, Nordschleswig verloren. Daß Oesterreich aus Deutschland verdrängt sei, werde man bei ausbrechendem Konflikt gerade in Süddeutschland schwer empfinden, da ein feindlicher Anprall hier ohne Oesterreichs Hilfe nicht aufzuhalten sei.

Goldmann: Daß seine Vorliebe für Preußen nicht zu weit gehe, brauche er Denen, welchen seine Erlebnisse vom vorigen Sommer bekannt seien, nicht erst zu versichern; er sei, unbeschadet seiner Eigenschaft als guter Deutscher, immer ein aufrichtiger Hesse gewesen; aber gerade weil er die Zusammengehörigkeit der drei Provinzen, und daß Oberhessen nicht immer mehr dem angestammten Fürstenhause entfremdet werde, wünsche, müsse er für Eintritt der Provinzen Starkenburg und Oberhessen in den Bund nach Kräften wirken.

Stockhausen: Er sei für den Antrag, weil er wünsche, daß die freisinnigen Hessen im Norddeutschen Parlament den edlen Kampf um die durch die Bundesakte schwer geschädigte Freiheit mitkämpfen könnten. Preußen sei bezüglich des Prager Friedens Kontrahent, nicht Hessen, und habe Oesterreichs Zustimmung zu dem Eintritt des Großherzogthums in den Bund zu erwirken. Auch Dernburg spricht in diesem Sinne.

Dumont stellt den Antrag: Die Kammer wolle ihre Ansicht dahin aussprechen: 1) daß eine Neugestaltung und Wiedervereinigung des gesammten Deutschlands — selbst von den deutsch-österreichischen Landen zur Zeit noch abgesehen — nur auf Grundlage bundesstaatlicher Einigung mit Preußen an der Spitze mit allen Kräften zu erstreben sei; 2) dem zufolge die großh. Regierung auffordern, sofort in Einvernehmen und gemeinsame Vornahmen mit den übrigen süddeutschen Regierungen zu treten und sich mit Preußen über solche bundesstaatliche Einigung zu benehmen; jedenfalls, insolange letztere nicht ermöglicht sein sollte, neben einer gemeinschaftlichen militärischen Organisation das nationale Band für die Handels- und Verkehrsinteressen zwischen den getrennten Theilen fortdauernd zu erhalten. Der Abgeordnete knüpfte an seinen Antrag eine eingehende Kritik des norddeutschen Verfassungswerks und kommt zu dem Resultat, daß in Norddeutschland nicht der Bundes-, sondern der militärische Einheitsstaat geschaffen sei. Wo es sich um die nationale Einigung handle, hält sich der Redner nicht an die Bestimmungen der Nikolsburger Präliminarien gebunden. Den Regierungen Süddeutschlands empfiehlt Dumont ein Einlenken in freiheitlichere Bahnen, damit, wenn ein zweiter Tag des Gerichts komme, derselbe die Nation in Freiheit geeinigt fände.

Metz ersucht, ehe er sich über die Gegenstände der Tagesordnung ausspreche, den Regierungskommissär, Auskunft über den Standpunkt, welchen die Regierung gegenüber den Anträgen Goldmann und George-Bamberger einnehme, zu geben, und verliest Legationsrath Reidhardt eine längere Erklärung, zufolge deren es die großh. Regierung zur Zeit nicht für zweckmäßig hält, den Eintritt in den Norddeutschen Bund anzustreben.

Metz: Der Prager Friede verhindere nach seiner Ansicht ein

---

* Kg. **Herzenskämpfe.**

(Fortsetzung aus Nr. 131.)

VI.

Zwischen jenem Abend, wo Anna so wunderherrlich sang und so befremdend das Zimmer verließ, und der für Fräulein Wokenham's Heirath festgesetzten Frist lag nur eine kurze Zeit. Die naherückende Abreise unserer guten Freundin beschäftigte, natürlich, unsere Gedanken gar sehr. Es war eine große Begebenheit und Aufregung im gleichmäßigen Gang unseres Lebens; und nach Amerika reisen, war in jenen Tagen eine viel ernsthaftere Sache als jetzt.

Fräulein Wokenham hielt sich indessen so tapfer und munter als möglich; erst am letzten Abend vor ihrem Fortgehen brach sie zusammen oder verlor sie die uns an ihr so gewohnte heitere Stirne.

„Nicht als hätte ich irgend bange, ihr Lieben," schluchzte sie heraus, „oder als setz'te ich das mindeste Mißtrauen in Ludwig; aber ich habe euch Alle so lieb, und sein Heim ist Einem so werth, und man müßte ja bodenlos roh und ohne Gefühl sein — und ganz bin ich hoffentlich Das nicht — um's Alles gleichmüthig zu nehmen, und — und ich kann eben mein Sacktuch nicht finden!"

Das Herz ging mir ordentlich auf gegen Monsieur de Popense, als ich ihn ein buntfarbiges seidenes Schnupftuch aus der Tasche ziehen und des Frauchens thränenvolle Augen wie einem Kind sanft abwischen sah. Ich hätte ihn küssen mögen, als er nachher das Tuch mit der schlichtesten Empfindung an die eigenen Augen drückte. Da sagte mir ein Gefühl, unsere kleine liebe Lehrerin sei wohlgeborgen bei ihm.

Sie hatten erst vorgehabt, sich in Liverpool trauen zu lassen und dort ein paar Tage zuzubringen, ehe sie England verließen. Allein der Kauffahrer, mit dem sie reisen wollten, segelte bälder als man erwartet hatte, und ließ ihnen keine übrige Zeit. Fräulein Wokenham verabschiedete sich also von uns an jenem Abend zum letztenmal als Fräulein, und sollte denn am andern Morgen getraut werden. Der liebe Onkel machte den Brautvater. Er und die Tante waren auf der Braut ausgesprochenen Wunsch die einzigen in der Kirche anwesenden Gäste.

Sie hatte einige Verwandte — Geschwisterkinder, glaube ich — die in einem hohen Backsteinhaus außer der Stadt wohnten und gar steif und stattlich thaten, gerade weil oder ungeachtet sie, möcht' ich sagen, keinen besondern Grund dazu hatten. Sie waren ein kinderloses altes Paar, in ganz guten Vermögensverhältnissen, und räthselhafterweise durch den Umstand beleidigt, daß ihre Base eine Schule hielt. Diese Kränkung vergaben sie ihr indessen gütig, indem sie möglicherweise in der Betrachtung einigen Trost fanden, daß ihr Halten einer Schule ihre Angehörigen der Noth enthob, sie zu verhalten. Allein die Ankündigung von Fräulein Wokenham's vorhabender Verbindung hatte ihnen — der Frau Parker besonders — das entsetzlichste Aergerniß gegeben.

„Hätte man doch meinen sollen, ich hätte das allerschwärzeste Verbrechen bekannt, wenn man die Base Sara hörte," sagte Fräulein Wokenham zu meiner Tante. „Sie redete auf mich ein, ganz wie ein Zuchthausprediger. Und ich möchte denn doch wissen, was es ihnen verschlägt? Sie gaben zu verstehen, ich dürfe mir nun keine Hoffnung machen, nur einen Heller von ihnen zu erben — als ob ich mir je Hoffnung gemacht hätte! und schwatzten noch dunkel von Ruin und Schande, die der Familie warteten. Ich hielt indessen ziemlich gleichmüthig an mich, bis sie wegen Ludwig's unverschämt wurden; da gerieth ich in Hitze und sagte ihnen, er sei ein Mann von Stand und Ehre, dem die Parkers die Schuhriemen aufzulösen nicht werth seien. Sie sehen also, es wäre ganz unnütz gewesen, die Base Sara und ihren Mann zu meiner Hochzeit zu bitten; und sie hätten auch wahrhaftig nicht kommen sollen, selbst wenn sie gewollt hätten, im Fall sie nicht ganz artig bei M'sieu' sich entschuldigt hätten.

So wurde unsere kleine Lehrerin eine Frau, unverherrlicht vom Glanz der Parker'schen Gegenwart oder Begönnerung. Das Hochzeitfrühstück ward im Giebelhaus gegeben, und im letzten Augenblick, als eben die Reisenden zum nothwendigen Fortgehen sich anschickten, kam Robert Lee hereingeeilt, roth und athemlos, mit einem großen Strauß von Treibhausblumen in der Hand, den er der Neuvermählten überreichte. Das arme Seelchen befand sich inzwischen in der ärgsten Gemüthsbewegung und hing an meiner Tante als ob sie sich nimmer von ihr zu trennen vermöchte, lächelte aber durch ihre Thränen, als sie Robert sah. Er stand allezeit in großer Gunst bei ihr. „Ei du meine Güte!" rief sie mit einem Aufjunkeln ihrer gewohnten Lebhaftigkeit, „wo haben Sie die herrlichen Blumen her? Doch Ihr Gesicht glänzt ja selber wie sie. Ich hoffte kaum, Sie noch einmal zu sehen. Ich dachte, Sie seien bei Ihrem Herrn Vater daheim, für die Woche."

„Meinten Sie denn, ich würde Sie von Willborough scheiden lassen, ohne Ihnen Lebewohl zu sagen?" entgegnete Robert. „Ich war heut' Morgen um sechs Uhr auf, und plünderte die Gewächshäuser im Schloß. Als ich dem Obergärtner sagte, ich möchte einige Blumen, um sie einer Braut zu geben, nahm er ordentlich Interesse an der Auswahl, und sagte, ich solle mir nehmen, wozu ich Lust habe. . . . Ich bin den ganzen Weg fast immer Galopp auf der neuen Stute nach Willborough hereingeritten. Jetzt aber — meinen Lohn für meinen Strauß, Madame de Popense".

Wie die kleine Frau zusammenfuhr, als er sie bei ihrem neuen Namen nannte! Sie legte aber ihre Hände in seine, stellte sich auf die Zehen, sich küssen zu lassen, und sagte: „Gott sei mit dir, mein lieber Junge! Ich werde dich immer gern haben und dich im Andenken behalten gleich neben unsern geliebten Freunden im Giebelhaus. Höher für Jemand, das weißt du, kann ich meine Achtung nicht aussprechen."

(Fortsetzung folgt.)

— Tübingen. (Sch. M.) Die hiesige philosophische Fakultät hat dem durch zahlreiche Kompositionen rühmlichst bekannten Musikdirektor L. Fr. Hetsch in Mannheim, einem gebornen Tübinger, ihre Doktorwürde honoris causa verliehen, „weil er durch geschmackvolle Komposition von Liedern vaterländischer Dichter den richtigen Sinn für das Schöne im Volke gefördert und verbreitet habe."

Ueberschreiten der Mainlinie nicht, denn derselbe gestatte den süddeutschen Staaten eine internationale Verbindung mit Preußen; nördlich der Mainlinie habe Preußen durchaus freie Hand und könne südlich dieses Flusses eine Vereinigung mit den Südstaaten herstellen. Meine es Oesterreich ehrlich mit Deutschland, so müsse ihm eine einige Stellung der deutschen Staaten gegenüber dem äußern Feind erfreulich sein, andernfalls liege nur ein Grund mehr vor, ein festes Band um die Nation zu schließen. Er, Redner, gebe zu, daß die norddeutsche Bundesakte ihre bedeutenden Mängel aufweise, deren Ausmerzung er von Herzen wünsche; allein so schlecht sei sie nicht, wie man sie darzustellen versucht habe. Dumont habe einen spöttischen Vergleich zwischen dem norddeutschen Normalbudget und den hessischen fixen Etats gezogen; aber er verweise darauf, daß in unserm Staate Gelder eingenommen würden, über deren Verwendung den Ständen keine Rechenschaft abgelegt würde (der Redner will damit wohl auf einen Theil der von den privilegirten Versicherungsgesellschaften zu zahlenden Beträge hinweisen). Mit dem Jahr 1871 werde übrigens in dem Norddeutschen Bund das jetzige Normalbudget schwinden. Der Redner schließt mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit, in den Norddeutschen Bund einzutreten, um im Verein mit den Gesinnungsgenossen im dortigen Parlament für die Freiheit kämpfen zu können. Die Debatte wird alsdann bis morgen ausgesetzt.

Schwerin, 4. Juni. In der gestrigen Landtags-Sitzung wurde die Bundesverfassung verlesen. Der Bürgermeister Pohle von Schwerin sprach im Dictamen Bedenken gegen einzelne Artikel aus. Die Landmarschälle werden ersucht, von den Kommissären Auskunft zu erbitten über die Artikel, betreffend die Beaufsichtigung des Bundes über Gesetzgebung, über Ausfertigung und Verkündigung der Bundesgesetze, sowie betreffend den Anschluß an den Zollverein und die allgemeine Wehrpflicht. Der Entwurf wurde bis Artikel 13 verlesen.

Berlin, 4. Juni. (Köln. Ztg.) In den Schreiben wegen der Zollkonferenz hatte Preußen, wie versichert wird, den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein, sowie die Regelung des Verhältnisses zu den süddeutschen Staaten als Zweck der Konferenz bezeichnet. Ein Termin war noch nicht festgestellt und sollte nach allseitiger Zustimmung wegen der Konferenzberathung auf telegraphischem Wege voraussichtlich gleich nach Pfingsten bestimmt werden.

Berlin, 4. Juni. Wie schon gemeldet, sind gestern Morgen die Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt zu Konferenzen über die Zollvereins-Frage hier eingetroffen. In diesen Konferenzen, welche nur zwischen den erwähnten Ministern und Bevollmächtigten Preußens stattfinden, handelt es sich um die Regelung der Beziehungen der süddeutschen Staaten zu den Normen, welche in der norddeutschen Bundesverfassung für das Zollwesen festgestellt sind. Bekanntlich enthält der Art. 33 dieser Verfassung die Bestimmung: „Der Bund bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze." Im Art. 35 derselben ist u. A. bestimmt: „Der Bund ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des Verbrauchs von einheimischem Zucker, Branntwein, Salz 2c." Danach kann also erstens der bisherige Umfang des Zollvereins nicht ohne Weiteres aufrecht erhalten bleiben, weil verfassungsmäßig das Zollgebiet mit dem Gebiet des Norddeutschen Bundes abschließt. Zweitens aber bedingt der Art. 35 auch wesentliche Aenderungen der bisherigen innern Vereins-Organisation. Namentlich tritt an die Stelle des jetzigen Unanimitätssystems fortan das Majoritätssystem. Bei der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes, welcher künftig auch die Zollsachen unterliegen, haben verfassungsmäßig der Bundesrath und der Reichstag mit einfachen Mehrheiten zu entscheiden. Es handelt sich nun darum, in welcher Weise die süddeutschen Staaten an den legislativen Entscheidungen über die Zollangelegenheiten Theil nehmen können. Ist in den hiesigen Ministerkonferenzen die Frage wegen Aufrechterhaltung des Zollvereins geregelt, so werden bald unter Betheiligung von Bevollmächtigten aller Vereinsstaaten Zollkonferenzen zusammentreten, um sich wesentlich mit technischen Organisationsfragen, wie der Zollschutz, die Vertheilung der Revenüen 2c., zu beschäftigen. — Gestern und heute haben mit den hier anwesenden Ministern der süddeutschen Staaten Konferenzen über Zollvereins-Angelegenheiten stattgefunden. Als Bevollmächtigte Preußens fungirten dabei der Ministerpräsident Graf v. Bismarck, sowie die Ministerialdirektoren Delbrück und Philipsborn. Wie es heißt, wird an Stelle des Grafen Bismarck Hr. v. Savigny die Verhandlungen mit den süddeutschen Ministern weiterführen.

Durch königl. Verordnungen vom 11. Mai wird in den neu erworbenen Landestheilen die in den altpreußischen Provinzen geltende Besteuerung des Branntweins, des Braumalzes, und des Tabaks eingeführt. Auch in Betreff der Erhebung dieser Steuern, welche mit dem 1. Juli beginnen soll, sind bereits die nähern Verfügungen ergangen. — Heute Nachmittag um 3¾ Uhr reiste Se. Maj. der König mittelst Extrazugs der Potsdamer Eisenbahn nach Paris ab. Im Gefolge Sr. Maj. befinden sich der Ministerpräsident Graf v. Bismarck, der Chef des Generalstabs der Armee, General der Infanterie v. Moltke, der Oberhofmarschall Graf v. Pückler und der Generaladjutant v. Treskow.

Berlin, 5. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt heute anläßlich der Berliner Ministerkonferenz einen Leitartikel über die Beziehungen zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten, dessen Inhalt in den Schlußworten gipfelt: „Der gemeinsame Schutz nach außen war der richtige erste Schritt (in der Zusammenfassung der deutschen Kräfte); mit Recht ist das einheitliche Zollgebiet auf diesem Wege der zweite." — Ferner schreibt das genannte Blatt:

Bisher erforderten die Beschlüsse in Zollvereins-Angelegenheiten, um rechtsverbindlich zu sein, Stimmeneinhelligkeit unter den Vereinsgliedern. Nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes werden in Zukunft Entscheidungen in Zollsachen und Handelssachen durch Reichstag und Bundesrath per majora getroffen. Dies Majoritätsprinzip wird künftig im ganzen Zollverein zur Anwendung kommen müssen, wenn derselbe nicht blos auf die Mitglieder des Norddeutschen Bundes beschränkt bleiben soll. Um mit Süddeutschland eine Verständigung hierüber zu erzielen, sind die Minister der auswärtigen Angelegenheiten Bayerns, Württembergs, Hessen-Darmstadts und Badens mit dem Vertreter der diesseitigen Regierung zu einer Konferenz zusammengetreten. Die Frage, in welcher Weise Süddeutschland sich bei jenen verfassungsmäßigen Entscheidungen betheiligen könne, ist in der Presse vielfach erörtert worden. So ist der Vorschlag gemacht, Abgeordnete der süddeutschen Bevölkerungen, entweder direkt gewählt, oder von den betreffenden Einzelnkammern delegirt, zu den Berathungen und Abstimmungen des Reichstages, soweit es sich um Zollsachen und nur um diese handelt, abzusenden. Bevollmächtigte der süddeutschen Regierungen hätten zu demselben Zweck in den Bundesrath einzutreten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Juni. Der Adreßentwurf, welchen die Kommission des Herrenhauses festgestellt hat, ist vom Grafen Anton Auersperg abgefaßt worden. Der Entwurf zerfällt in 12 Absätze.

Im 1. Absatz wird der Dank des Hauses ausgesprochen „für den Entschluß, mit welchem der Kaiser eine eben so unheilvolle als ereignißschwere Periode des bedauerlichsten Stillstandes in dem Verfassungsleben des Reiches zum Abschluß zu führen und die in der jüngsten Vergangenheit schmerzlich entbehrte verfassungsmäßige Mitwirkung der in diesem Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder an den höchsten Staatsaufgaben neuerdings in Anspruch zu nehmen geruht" hat.

Im 2. Absatz wird mit „gleichem ehrerbietigem Dank und mit wiedererwachenden Hoffnungen für unser Verfassungsleben die erneuerte kaiserliche Zusage begrüßt, daß die Herstellung konstitutioneller Einrichtungen auf gesicherter Grundlage" das unabänderliche Ziel der Bestrebungen des Kaisers geblieben. „Getragen von der Ueberzeugung — heißt es weiter —, daß der ruhmreiche Bestand des Kaiserreiches, der dauernde innere Friede und mit ihm die Wohlfahrt aller Länder und Völker Oesterreichs nur auf dem unerschütterlichen Fundament eines allseitig anerkannten, geachteten und unantastbaren Verfassungsrechtes zu sichern und zu erhalten sei, wird das Herrenhaus zur Erreichung dieses hohen Zieles, sowie zur Lösung aller anderen ihm verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben mit redlichem Eifer und mit um so größerer Ausdauer und Hingebung mitwirken, je weniger es sich den tiefen Ernst der Lage und die zahlreichen Schwierigkeiten, von welchen diese umgeben ist, verhehlen kann und will. Denn noch nie, so weit die Blätter der Geschichte reichen, war dieses Reich gleichzeitig von einer solchen Wucht der mannichfachsten Bedrängnisse und Verwicklungen heimgesucht, wie in der letzten verhängnißvollen Epoche."

Der 3. Absatz ist dem Ausgleich mit Ungarn gewidmet; „bei dem hier anzustrebenden Ziel, nämlich der Herstellung des Einklanges zwischen den Rechtsansprüchen des Königreichs Ungarn und den durch das Diplom vom 20. Okt. 1860 und Patent vom 26. Febr. 1861 verliehenen Staats-Grundgesetzen, sieht aber das Herrenhaus laut der demselben gewordenen Mittheilung der vollen Freiheit seines Ausgangspunktes eine nicht zu umgehende Begrenzung in der Thatsache gezogen, daß mit dem Königreich Ungarn ein vorläufiges Abkommen bereits getroffen ist, welches dessen Zusammengehörigkeit mit der Gesammtmonarchie, den innern Frieden des Reiches und dessen Machtstellung nach außen sicher zu stellen bestimmt ist."

Im 4. Absatz wird dagegen konstatirt, daß die „staatsrechtliche Zweitheilung" (der Dualismus) des Reichs „in diesem Augenblick nach dem Verlust einer gesegneten Provinz und dem Ausscheiden aus dem deutschen Bundesverein mit den begründetsten und schwersten Besorgnissen erfülle."

Im 5. Absatz wird versichert, daß das Herrenhaus in patriotischem und versöhnlichem Geist zu dem angebahnten Ausgleich mitwirken werde; als „die unerläßlichen Grundbedingungen für die gesicherte Stellung und das erhöhte Ansehen Gesammtösterreichs im europäischen Staatenverband, sowie für dessen dauernde innere Wohlfahrt und Befriedigung" werden aufgezählt: „die Aufrechthaltung der Heereseinheit, die gerechte Betheiligung der einzelnen Reichstheile an den Staatslasten und der Staatsschuld, die Gleichmäßigkeit und Uebereinstimmung der beiderseitigen Gesetzgebung auf den Gebieten des Steuerwesens und der höhern volkswirthschaftlichen Aufgaben; ferner für die gemeinsamen Angelegenheiten ein konstitutioneller Organismus der Vertretungskörper, in welchem die geregelte Geschäftshandlung ermöglicht und zugleich die Zusammengehörigkeit aller Reichstheile ausgeprägt ist; vor Allem aber genügende Garantien für die kräftige Handhabung und Durchführung der bezüglichen legislativen Beschlüsse auch im Wege der Administration."

Im 6. Absatz wird eine gewissenhafte und gründliche Prüfung der Vorlagen in Betreff der Verfassungsrevision zugesagt; der 7. Absatz beschäftigt sich spezieller mit dem in Aussicht gestellten Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit, die Modifikation des § 13 des Februar-Patents (Oktroyirung), die Erweiterung der Landesautonomie und den zu erwartenden Finanzvorlagen zur Ueberleitung der Finanzverwaltung und Kontrolle in die verfassungsmäßigen Bahnen, zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, zur Aufbesserung des öffentlichen Kreditwesens. — In Betreff der Lösung der Finanzfrage wird im 8. Absatz an das Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl Ungarns appellirt.

Absatz 9 betont die Friedenssehnsucht der Völker Oesterreichs; Absatz 10 spricht der versöhnlichen Politik der Regierung, welche den Schleier des Vergessens über eine nahe Vergangenheit werfend, „nach der Genugthuung strebe, durch eigenes Schaffen Ungunst und Feindschaft in Achtung und Zuneigung zu verwandeln", Anerkennung aus. „Alleir kein Schleier — heißt es weiter — ist groß und dicht genug, um all die Schäden und Wunden, an denen der Staatskörper leidet, zu verhüllen — und er sollte es auch nicht! Denn aus ihrem Anblick schöpfen wir die Lehre der Mittel, durch welche die dauernde Heilung der Leiden und frische Lebenskraft zu gewinnen ist. Gestatten Ew. Maj. dem Herrenhause mit ehrfurchtsvollem Freimuth seine Ueberzeugung auszusprechen, daß die verjüngende Wiedererstarkung des Reichs nur auf dem Wege eines weisen Anschlusses an die schöpferischen und zugleich erhaltenden Ideen der Gegenwart, durch eine einsichtsvolle Gewährung ihrer berechtigten Forderungen und durch deren Verkörperung in den Institutionen und Organen des Staatslebens zu erreichen und zu sichern sei." — In Absatz 11 wird an die „erhöhte Pflege geistiger Kultur" gemahnt, und in Absatz 12 endlich der Segen des Himmels auf das vom Kaiser erstrebte Werk des Friedens und der Eintracht herabgefleht.

Wien, 3. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilte der Präsident mit, daß der Finanzminister die von den Abgg. Skene und Genossen gewünschten Aktenstücke — Auszug aus dem Kontokorrent nach dem Uebereinkommen mit der ungarischen Verwaltung und Ausweis der Steuerrückstände — dem Präsidium übergeben werde. Abg. Skene wünschte jedoch direkte Vorlage an das Haus, und behielt sich vor, einen hierauf bezüglichen Antrag zu stellen.

Der Kriegsminister beantwortete hierauf die Interpellation wegen der Befestigungen Wiens. Die Regierung, erklärte der Minister, beabsichtige nicht, die Hauptstadt des Reiches in eine Festung umzuwandeln; Besorgnisse wegen einer Störung des Verkehrs wären daher völlig ungegründet. Auf das Gutachten von Fachautoritäten gestützt, werde in einer Entfernung von zwei Meilen von der Stadt die Erbauung von 10 Forts als Stützpunkt für etwa weiter nothwendig werdende Erdwerke beabsichtigt. Im laufenden Jahr sollen vier dieser Forts hergestellt werden. Die Gesammtkosten würde 11 Millionen Gulden betragen. Bisher seien 200,000 Gulden verausgabt, welche aus der mittelst Virements dem Kriegsminister zur Verfügung gestellten Dotation vorschußweise auf Rechnung der italienischen Entschädigung bestritten wurden. Den Rest werde die Regierung in verfassungsmäßigem Wege fordern.

Hierauf wurde die Adreßdebatte mit einer Rede des Abg. Toman gegen den Entwurf eröffnet. Er erklärt sich gegen den Entwurf und vertheidigt die Sistirungspolitik. Der gegenwärtige Reichsrath sei nicht verfassungsmäßig. Redner ist gegen Dualismus und Zentralismus; der Austritt Oesterreichs aus Deutschland erfüllt ihn mit Befriedigung. v. Tschabuschnigg befürwortet den Entwurf und hofft, der Ausgleich mit Ungarn werde der Freiheit und Wohlfahrt beider Theile des Reiches zu Gut kommen. Svetec spricht im Sinne Toman's gegen die Adresse. Kremer verwirft die slavischen Tendenzen der klerikalen Partei, verlangt ein gutes Schulwesen, Unabhängigkeit des Richterstandes, Revision des Konkordats, und Abhilfe gegen den zunehmenden Pauperismus. Skene bekämpft den Dualismus und hält an der Staatseinheit fest. Der polnische Deputirte Krzeczunowic erklärt, daß er und seine Parteigenossen es mit dem Wohl und der Macht Oesterreichs ehrlich meinen, behält sich aber vor, ein Amendement zu Gunsten der in dem Adreßentwurf nicht zum entsprechenden Ausdruck gelangten Autonomie einzubringen. Plener greift die Maßregeln des Finanzministers während der Sistirungsperiode an, betont die Reichseinheit, und hält an dem Oktober-Diplom und Februar-Patent fest.

Im Herrenhause wurde heute gleichfalls die Adreßdebatte begonnen. Wickenburg sprach für den Adreßentwurf, indem er schließlich die Nothwendigkeit einer Regelung der geistlichen Angelegenheiten betonte. Hasner kritisirte in längerer Rede das Siebenundsechziger-Elaborat vom formellen, vom juristischen, und vom politischen Standpunkt aus, und erklärte schließlich, er wolle Angesichts des nahen Zeitpunktes, in welchem die neugeschaffene Lage zur Wirklichkeit werde, den Herren aus Altösterreich einen Scheidegruß zurufen, und werde im neuen Oesterreich mit derselben Loyalität wie bisher zum Kaiser stehen.

Wien, 4. Juni. (A. Ztg.) Der Staatsvertrag zwischen Oesterreich und Bayern über den Bau der Braunau-Neumarkter Eisenbahn wurde so eben unterzeichnet.

Prag, 4. Juni. (Wien Bl.) Wie czechische Blätter melden, brachte bei dem Abschiedsbanket in Petersburg General Ivansky einen Trinkspruch aus, in dem er u. A. sagte:

Wir haben uns darüber zu beklagen, daß wir in Bezug auf Aufklärung und Fortschritt bisher auf unsere Feinde, die Deutschen, angewiesen waren. Jetzt vertrauen wir nicht mehr auf die deutsche Kultur. Ihr Czechen habt Gelehrte und seid eine aufgeklärte Nation, ihr müßt die Aufgabe der Deutschen übernehmen, denn ihr versteht die slavischen Interessen zu wahren; die Deutschen machten uns Russen zu slavischen Karrikaturen.

Pesth, 3. Juni. Die Magnatentafel ist dem Beschluß der Deputirtentafel betreffs der Inartikulirung der Abdikationsurkunden beigetreten und hat den auf die Palatinalwürde bezüglichen Gesetzentwurf angenommen. Im weitern Verlauf der Magnatensitzung wurden noch die Gesetzentwürfe in Betreff des Ministeriums, der Nationalgarde und der Budgetvotirung und der die Militärgrenze betreffende Beschlußentwurf angenommen.

In der Sitzung der Deputirtentafel legte die Regnikolar-Deputation den Entwurf des Inaugural-Diploms, den Entwurf des Krönungseides, endlich den auf die Abdikation des Königs Ferdinand bezüglichen Gesetzentwurf vor. Nach erfolgter Verlesung dieser Aktenstücke, die für morgen auf die Tagesordnug gesetzt sind, wurde der Bericht der Regnikolar-Deputation sammt den Beilagen der Magnatentafel übersendet.

Hierauf folgte eine geschlossene Sitzung, in welcher sämmtliche Mitglieder, die Linke ebenfalls, den Wunsch ausdrückten, daß Deak bei der Krönung die Stelle des Palatins vertrete. Deak lehnte ab, als einen seiner Gründe hervorhebend, daß er zu der glänzenden Repräsentation, welche bei einer solchen Funktion erforderlich ist, zu arm sei. Er schlug den Grafen Andrassy vor.

Heute Abend ist Ministersitzung zum Behuf von Berathungen über das Krönungszeremoniel.

In der vorerwähnten geschlossenen Sitzung erklärte Minister Lonyay, daß die Wahl von Kronhütern vorzunehmen und zu diesem Behuf eine gemischte Sitzung beider Häuser abzuhalten sein werde.

Agram, 3. Juni. Der Banus reist morgen zur Krönungsfeier nach Pest-Ofen ab. Die Magnaten und Prälaten sind vom Hofkanzlei-Präsidium so eben neuerdings zum Erscheinen bei der Krönung aufgefordert worden; einige Prälaten wurden vom Reiten im Krönungszuge dispensirt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Italien.

* **Florenz**, 4. Juni. Der Vertrag mit der italienischen Regierung ist unterzeichnet von den HH. Emil Erlanger und Cie. in Paris, F. J. Heinrich Schröder und Cie. in London, und Erlanger und Sohn in Frankfurt. Die Theilnahme mehrerer anderen bedeutenden Häuser und des dem italienischen Elemente vorbehaltenen dritten Theiles ist zugesichert.

* **Rom**, 3. Juni. Diesen Morgen hielt der Papst im Vatikan ein öffentliches Konsistorium, welchem 20 bereits in Rom angekommene Bischöfe beiwohnten. Der Advokat des Konsistoriums, Marsigli, plädirte für die Sache des polnischen Märtyrers Josaphat, des spanischen Inquisitors Peter von Arbues, und der 19 Märtyrer von Gorann.

Frankreich.

Paris, 3. Juni. (Köln. Ztg.) Der Kaiser von Rußland und die beiden Großfürsten dinirten gestern ebenfalls in den Tuilerien. Nachher begaben sie sich zum Ball der Herzogin von Mouchy, dem auch der Kaiser und die Kaiserin beiwohnten. Der Ball war glänzend, die Majestäten blieben jedoch nicht lange. Heute Abend findet Diner auf der russischen Botschaft statt. Es sind 35 Personen zu demselben geladen. Nach demselben ist Empfang, zu dem aber nur Mitglieder der russischen Kolonie in Paris geladen sind. Der große Ball im Stadthause findet am 8. statt. Der Seinepräfekt Haußmann begab sich gestern an der Spitze des Gemeinderaths der Stadt Paris nach dem Palais Elysée, um dem Kaiser und dem Großfürsten die Aufwartung zu machen und sie zu dem Fest einzuladen, das ihnen zu Ehren die Stadt Paris gibt. Der Czaar empfing den Gemeinderath, so erzählt man, huldvoll und unterhielt sich längere Zeit mit Hrn. Haußmann, den er wegen der Verschönerung von Paris beglückwünschte. Die Zahl der Einladungen für dieses Fest beläuft sich auf 8000. In den Tuilerien haben bereits die Vorbereitungen für den großen Ball, der den fremden Monarchen gegeben werden soll, begonnen. Der Theatersaal wird in einen Festsaal umgewandelt und der reservirte Garten mit Gasflammen, die unter Blumen versteckt sein werden, erleuchtet sein. Das Fest soll nahe an eine Million kosten. Lord Cowley, der bekanntlich sehr haushälterisch ist, hatte ganz Recht, sein Fest zuerst zu geben. Denn hätte er erst später seinen Ball gegeben, so würde er noch größere Anstrengungen haben machen müssen; denn das Fest auf der österreichischen Botschaft nahm schon viel größere Kosten in Anspruch, und nach denen, welche man auf der russischen Botschaft und in den Tuilerien vorbereitet, würde das seinige ganz spurlos vorübergegangen sein. Im Tuilerienpavillon Marsan, wo der König von Preußen wohnen wird, sind die Vorbereitungen beinahe beendet. Der Pavillon, welchen man für den König von Preußen in der Ausstellung hergerichtet, ist ebenfalls beinahe vollendet. Der Kronprinz und die Kronprinzessin haben denselben bereits wiederholt besichtigt. — Die Königin von Spanien verläßt am 20. Juni Madrid, um sich nach Paris zu begeben. Viktor Emanuel soll dagegen vor der Hand von seiner Reise nach Paris Abstand genommen haben. Der König und die Königin der Belgier verlassen heute Paris. Sie haben ihren Aufenthalt abgekürzt, weil sie befürchten, daß jeden Augenblick eine schlimme Botschaft aus Mexiko eintreffen könne.

* **Paris**, 4. Juni. Der Kaiser von Rußland hat heute das Cluny-Museum, den Justizpallast und die Sainte Chapelle besichtigt.

Der „Etendard" veröffentlicht ein sehr detaillirtes Programm für die Ankunft des Königs von Preußen. Der Kronprinz und die Kronprinzessin werden ihrem königl. Vater bis Compiègne entgegenreisen. Ueber die Verwendung der Zeit, welche der König von Preußen in Frankreich zubringen wird, ist noch nichts fest bestimmt. Morgen, den 5., wird er ankommen, und am 6. der großen Revue im Boulogner Holz beiwohnen; am 7. wird der König wegen des Sterbetags seines Vaters, des Königs Friedrich Wilhelm III., an keiner offiziellen Versammlung Theil nehmen. Der große Ball in der preußischen Gesandtschaft ist definitiv auf den 12. festgesetzt worden. Wie die „France" meldet, wird Graf Bismarck während der Anwesenheit des Königs von Preußen in der hiesigen preußischen Gesandtschaft wohnen, und die Kanzlei im Grand Hotel.

Der „Patrie" geht aus Madrid die Nachricht zu, daß die Königin Isabella dem Kaiser geschrieben habe, sie könne sich zu ihrem Bedauern in diesem Jahr nicht nach Paris begeben.

Der Gesetzgeb. Körper gelangte in seiner heutigen Sitzung zur Diskussion des zweiten Abschnitts des Gesellschaftsgesetzes. Es handelt sich in dem heute in Angriff genommenen Art. LI zunächst um die Art und Weise der Konstituirung des Gesellschaftskapitals, und es kommen dabei Fragen in Betracht, welche für das Erstehen und die Entwicklung der französischen Kooperativgesellschaften von großer Wichtigkeit sind. E. Picard ergreift im Interesse von etwa 65 französischen Arbeitergenossenschaften in dieser Angelegenheit das Wort.

Die HH. Garnier-Pagès, Carnot, Bethmont, Javal, Herzog v. Marmin, Picard, Vicomte v. Lanjuinais, Pelletan, Malézieux, Marie, Hénon, Jules Simon, Glais-Bizoin, Gerot-Pouzal, Dorian, Jules Favre, Maquin und Havin haben folgendes Amendement zum Budget eingebracht:

Eine spezielle und detaillirte Berechnung, welche sämmtliche Ausgaben enthält, die mit der Expedition von Mexiko in Verbindung stehen, sowie die gemachten Einnahmen, wird aufgesetzt und bei Eröffnung der nächsten Session vorgelegt. Es wird derselben eine Berechnung des Kriegs- und Marinematerials, welches die Expedition gebraucht hat, beigefügt. Diese wird eine Uebersicht der durch Vermittlung der französischen Regierung zum Vortheil der nationalen Gläubiger vorgenommenen Geldeintreibungen enthalten, und eine Tabelle, welche die Schuldforderungen unserer Landsleute bei Beginn des Kriegs enthält.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 3. Juni. Der Großfürst Alexis ging nach Moskau und tritt von dort eine Reise über Nikolajew und Odessa nach Konstantinopel an, wahrscheinlich auch nach Athen, dann nach Malta und Cadix, wo derselbe auf einem russischen Kriegsschiff eine atlantische Reise, vielleicht bis Amerika, machen wird. Die Rückkehr erfolgt durch das Mittelmeer und das Schwarze Meer nach Sebastopol, unter Bereisung der Küsten des Schwarzen- und des Asow'schen Meeres, des Don und der Wolga, im Oktober.

Der Senat entschied, daß der Verwaltungsausschuß der aufgelösten hiesigen Provinzialversammlung einer ungesetzlichen Kritik der Regierungsakte schuldig sei, steht aber wegen Auflösung des Ausschusses und Absetzung des Präsidenten von einem weitern Strafverfahren ab.

St. Petersburg, 4. Juni. Die Kaiserin Maria reist am 17. d. über Warschau und Wien nach der Krim. — Der finnische Landtag wurde am 31. Mai feierlich geschlossen. — Die Newa zeigt fortdauernden Eisgang.

Großbritannien.

London, 4. Juni. Die Aktenstücke bezüglich auf den Luxemburger Vertrag werden heute der Druckerei übergeben und baldigst veröffentlicht werden. Die Reform-Debatte ist bis nach Pfingsten vertagt.

Baden.

♀ Mannheim, 4. Juni. Heute Nachmittag überraschte Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin unsere Stadt mit einem Besuch. Derselbe galt zunächst der hiesigen Töchterschule und dem großh. Dameninstitut, wo die hohe Frau in theilnehmendster und eingehendster Weise mehreren Unterrichtsstunden anwohnte. In den jugendlichen Herzen und bei Lehrern und Lehrerinnen eine schöne Erinnerung an den heutigen Tag zurücklassend, kehrte die hohe Fürstin mit dem ersten Abendzug nach Karlsruhe zurück.

Vermischte Nachrichten.

— Würzburg, 29. Mai. (Bayer. Z.) Die Kriegslasten-Ausgleichungskommission hat dem Vernehmen nach bis zum 27. Mai d. J. die beträchtliche Summe von 445,327 fl. bei den 8 Kreiskassen des Königreichs an Kriegs-Entschädigungsgeldern zur Auszahlung angewiesen; hiervon trifft auf die im letzten Krieg schwer beschädigte Gemeinde Uettingen einstweilen die Summe von 43,976 fl. 58 kr., auf die Gemeinde Helmstadt der vorläufige Betrag von 20,111 fl. 35 kr., und auf die Gemeinde Remmlingen die Summe von 4688 fl. 33 kr.; das massenhaft vorliegende und täglich noch zunehmende Arbeitsmaterial nimmt die Thätigkeit der einzelnen Kommissionsmitglieder im vollsten Maß in Anspruch.

— Dresden, 4. Juni. (W. T.-B.) Der bisherige Oberkommandirende der preußischen Truppen in Sachsen, General v. Bonin, hat heute früh Dresden verlassen. Bei seinem gestrigen Abschiedsbesuch empfing derselbe vom König Johann das Großkreuz des Albrechtsordens in Brillanten.

— Altona, 1. Juni. Ueber die Resultate, welche eine Deputation der Altonaer Zollvereins-Anschlußpartei in Berlin erzielt, wurde in einer Versammlung des Altonaer „Vereins für den freien Verkehr mit Deutschland" am Mittwoch Bericht erstattet. Nach den „Alt. Nachr." motivirte der Vorsitzende, Hr. Meyer, die Entsendung der genannten Deputation damit, daß der Hr. Oberpräsident in Kiel sich persönlich der Freihafenstellung Altona's zuneige, eine Eingabe bei der Landesregierung in Kiel also von vornherein wenig Aussicht auf Beachtung gehabt haben würde. Die Deputation selbst ist in Berlin von dem Steuerdirektor Geh. Rath v. Pommer-Esche, den Geh. Räthen Delbrück, Moser und v. Scheele, und zuletzt von dem Hrn. Handelsminister v. d. Heydt empfangen worden. Die genannten Herren erklärten der Deputation, welche dem Minister eine mit 900 Unterschriften bedeckte Eingabe überreichte, daß die Regierung durchaus auf dem freihändlerischen Standpunkt stehe. Das Ziel des Zollvereins sei, sämmtliche Zölle, als bloße Finanzzölle, auf wenige Gegenstände zu beschränken und alle Schutzzölle nach und nach fallen zu lassen und sich auf diese Weise den Abschluß günstiger Handelsverträge zu erleichtern. Altona wird die Freihafenstellung beibehalten, wenn die städtischen Kollegien eine solche als für die Interessen der Stadt heilbringend nachweisen sollten. Die Stadt würde dann eine Aversionalsumme zu bezahlen haben und sonst in ihrer Abgeschiedenheit von Deutschland sich selbst überlassen bleiben, bis sie etwa durch Noth getrieben selbst einen Anschluß suchen sollte. Wenn sie aber schon jetzt das Vortheilhafte des Eintritts in den Zollverein erkenne, wie dies in Berlin der Fall sei, so hätte sie von Seite der Regierung Alles zu erwarten, was geeignet sein könnte, die Handelsbeziehungen der Stadt zu heben und zu erleichtern. Die Schwierigkeit der zu ziehenden Zollgrenze wird von der Regierung nicht verkannt; eine solche wird aber dennoch gezogen werden da, wo sie das Interesse der Stadt erheischt. Die Regierung erwarte die schleunigste Abgabe eines Gutachtens von Seiten der städtischen Vertretung über die wirklichen Handelsinteressen Altona's; sie wolle gegen die Wünsche der Majorität nicht vorgehen, obgleich bei ihren Entschließungen die Majorität der Gründe jene der bloßen Zahl überwiegen würde. Ein Anschluß St. Georgs und der daran stoßenden Hamburger Gebietstheile an den Zollverein würde nach der Ansicht der Regierung die Interessen Altona's gefährden, sie sei also aus Rücksichten für diese nunmehr preußische Stadt gegen ein solches Projekt. — Nachdem Hr. Meyer schließlich der Versammlung mitgetheilt hatte, daß Hr. Geh. Rath Jordan aus Magdeburg demnächst als königl. Kommissär in dieser Angelegenheit hieher gesandt werden würde, beschloß man, diesen Bericht schriftlich beim hiesigen Magistrat einzureichen, um ihn über die Ansichten der Regierung in dieser Frage zu informiren.

* Paris, 4. Juni. Die Vorbereitungen, welche für die heutige Galavorstellung in der Großen Oper getroffen werden, sind überaus reich und kostspielig. Die Verzierung der Vorhalle, durch welche die Majestäten eintreten, und der rothe Sammetteppich von dieser Vorhalle bis zur Schwelle der großen Galaloge kosten allein 20,000 Fr. In der gewöhnlichen Kaiserloge, links an der Bühne, wird das diplomatische Korps untergebracht. Die Vorstellung beginnt erst um 9 Uhr. Zur Aufführung kommen die Ouvertüre zu „Wilhelm Tell", der 4. Akt der „Afrikanerin", und ein Ballet.

Wie der „Figaro" versichert, wurden am letzten Sonntag auf dem Marsfeld nicht weniger als 80 Taschendiebe auf frischer That ergriffen. Diese Zahl beweist vielleicht eben so viel für die hohe Gefahr, welcher die Taschen der Fremden ausgesetzt sind, als für die Geschicklichkeit und die Wachsamkeit der Polizei.

Nach demselben Blatt wäre „Fervacques", der Sieger im großen Rennen von Longchamp, einige Stunden nach seinem doppelten Wettkampf an Erschöpfung zu Grund gegangen.

Karlsruhe, 4. Juni. (Großh. Kreis- und Hofgericht. Strafkammer.) Heute fand die Hauptverhandlung wegen des am 16. v. M. bei hiesiger Stadt in dem Hardtwald vollzogenen Pistolenduells statt. Auf der Anklagebank saß der 19 Jahre alte Heinrich Klawe aus Duknice bei Warschau, früher Schüler der Polytechnischen Schule dahier, jetzt Zögling der königl. württembergischen land- und forstwirthschaftl. Akademie in Hohenheim. Nach seinem Geständniß, welches mit den Zeugenaussagen vollständig übereinstimmte, trug sich der Hergang folgender Maßen zu.

Der Anlaß zur Forderung war politischer Natur. Klawe hatte nach einer Kneiperei, bei welcher er sowohl als sein nachmaliger Gegner betheiligt waren, auf seinem Zimmer mit einem andern Studirenden von Hohenheim das Lied: „Noch ist Polen nicht verloren" in polnischer Sprache gesungen; Klawe, der für sein unglückliches Vaterland Polen eine unbegrenzte Liebe empfindet, die von einem Zeugen, einem vertrauten Freund des Angeklagten aus der Zeit seines hiesigen Aufenthalts, in lebhafter Schilderung als eine an Fanatismus grenzende bezeichnet wird, wurde durch jenes Lied in erhöhte Erregung versetzt; da trat der Akademiker Wilhelm Halbreiter in das Zimmer; Halbreiter war in München geboren, sein Vater aber, ein Arzt, war mit seiner Familie nach Odessa gezogen, und so galt Halbreiter in Hohenheim allgemein als Russe, was er sich gern gefallen ließ. Klawe beklagte sich nun über die Unterdrückung der Polen durch die Russen, worauf Halbreiter entgegnete: „Es geschieht euch Polen ganz recht, ihr seid selbst an eurem Unglück schuld." Hierauf übergab Klawe dem Halbreiter seine Karte, welche Letzterer mit den Worten, er wisse, was er zu thun habe, annahm; sodann sagte er noch, er würde von einem Polen keine Cigarre nehmen. Die letzte Aeußerung nahm er jedoch am folgenden Tag zurück, erklärte dagegen auf die Aufforderung, bezüglich der erstern das Gleiche zu thun, das sei seine historisch begründete Ueberzeugung, von der er nichts zurückzunehmen habe. Klawe ließ darauf fordern; Halbreiter wählte, weil ihm Ersterer in Säbeln und Schlägern überlegen war, Pistolen; es wurde bestimmt, daß das Duell in Karlsruhe vor sich gehen solle.

Nachdem die beiden Duellanten am 15. v. M. hier angekommen waren, wurden zwei hiesige Polytechniker zu Sekundanten und ein dritter zum Unparteiischen gewählt, und als Kampfregeln festgesetzt: 15 Schritte Barriere, 5 Schritte Avance und einmaliger Kugelwechsel; waren beide Theile, ohne zu schießen, bis zur Barriere vorgegangen, so mußten sie zurück, war dies dreimal geschehen, so sollten sie von der Barriere aus auf Kommando schießen; es wurden Pistolen ohne Züge, Stecher und Mücken benützt; der Unparteiische machte große Schritte und bezeichnete die Standpunkte mit Schnupftüchern, machte auch noch Versöhnungsversuche, welche, wie die früher in Hohenheim gemachten, erfolglos blieben. Erst beim zweiten Avanciren wurde geschossen; Halbreiter feuerte zuerst, als er 1 bis 2, und Klawe 2 bis 3 Schritte vorgegangen war; er hatte gezielt, fehlte aber; hierauf trat Klawe noch vollständig an die Barriere vor und feuerte, worauf Halbreiter alsbald zu Boden sank; die Kugel war in den Unterleib gedrungen, die Aerzte betrachteten die Verwundung sofort als tödtlich und nach 36 Stunden verschied der Verletzte. Den verabredeten und üblichen Kampfregeln war von keiner Seite zuwider gehandelt worden.

Die Anklage war durch großh. Ober-Staatsanwalt Bachelin und die Vertheidigung durch Hrn. Anwalt Levinger vertreten; die Diskussion betraf, da über die Schuldfrage kein Zweifel sein konnte, vorzugsweise nur das Strafmaß; die Staatsbehörde beantragte eine Freiheitsstrafe von jedenfalls nicht unter 2 Jahren, wobei auf den v. Bonin'schen Fall aus dem Jahr 1862 hingewiesen und straferhöhend einmal die Geringfügigkeit des Grundes zur Forderung — Unzufriedenheit des einen Theils mit den Ansichten des andern über geschichtliche Vorgänge — und sodann die Thatsache geltend gemacht wurde, daß Klawe die tödtliche Kugel erst abgefeuert hatte, nachdem sein Gegner wehrlos war. Von Seiten der Vertheidigung wurde zum Zweck der Strafminderung vorzugsweise auf das edle Motiv des Angeklagten, die Vaterlandsliebe, hingewiesen. Der Gerichtshof erkannte auf eine Festungsstrafe von 2 Jahren, weil der Angeklagte die Aeußerung, durch die er sich beleidigt halten konnte, selbst hervorgerufen, und, nachdem sein Gegner den einzigen ihm gestatteten Schuß bereits abgegeben, noch vollends zur Barriere vorgetreten sei und von da aus den Gegner niedergeschossen habe.

Nachschrift.

Berlin, 5. Juni. (Sch. M.) Die Besteuerung des Salzes, Zuckers und Tabaks wird für den gesammten Zollverein gemeinsam. Die süddeutschen Minister haben die bezüglichen Vorschläge Preußens als Grundlage weiterer Verhandlung angenommen. — Nach der „Börsen-Ztg." ist die Ausgabe von 5 Millionen vierprozentiger Schatzscheine, nach 9 Monaten zurückzahlbar, bevorstehend.

Wien, 5. Juni. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Adreßdebatte fortgesetzt. Vor dem Schluß der Generaldebatte rechtfertigte der Finanzminister die Finanzgebarung, hob die günstigere Finanzgestaltung hervor, und versicherte die Wahrung des Standes der Reichseinheit hinsichtlich des Punktes bei der Reichssteuervertheilung. Hr. v. Beust erklärte die Wiedergewinnung der Gesammtreichsstellung nur bei entschiedenem Ausgleichsabschluß mit Ungarn und bei freisinnigem Regimente in den übrigen Ländern möglich. Das Adreßprogramm werde von der Regierung nicht zurückgewiesen. Beust beklagte weiter seine Unbeliebtheit bei den Slaven, deren Bestrebungen nur im Reichsrath Befriedigung finden können. Die Regierung sei aufmerksam für Beunruhigung, welche vom Innern komme, habe dagegen ein strenges Auge für von Außen hineingetragene Beunruhigung. (Stürmischer Beifall.) In einer Abendsitzung findet die Spezialdebatte statt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

4. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 10,06	+ 14,0	S.W.	stark bew.	Sonnbl., Regentr.
Mittags 2 „	„ 10,76	+ 13,0	„	ganz „	trüb, Strichregen
Nachts 9 „	„ 11,02	+ 12,0	„	schw. „	sternhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.w.797. Karlsruhe.

Aufforderung.

Nach Vorschrift der Stiftungsurkunde des verlebten Elias Wormser vom 19. Januar 1819 sollen die aus dem Stiftungskapital von 6000 fl. den 23. April 1869 fällig werdenden Zinsen zur Aussteuer eines armen Mädchens aus der Verwandtschaft des seligen Stifters verwendet werden.

Die hiernach geeigneten Bewerberinnen werden daher aufgefordert, sich mit ihren deßfallsigen Gesuchen, unter Anfügung obrigkeitlicher Zeugnisse über ihre Vermögensumstände, ihr Alter, sittliches Betragen und ihre Verwandschaftsverhältnisse zu dem seligen Stifter

binnen 6 Wochen

anher zu melden.

Karlsruhe, den 23. Mai 1867.

Synagogenrath.

Z.w.907. Karlsruhe.

Ex!

Das Corps **Franconia** in **Karlsruhe** feiert am **19. Juni** seinen **28. Stiftungscommers**, wozu sämmtliche Corpsphilister und Freunde hiermit freundlichst eingeladen werden.

J. A. d. C. C. d. **Franconia**

Mangold ××.

Z.u.469. **The Gresham.**

Engl. Lebensversicherungs-Gesellschaft in London.

Succursale in Paris 30 rue de Provence.

Uebernimmt alle Arten von Versicherungen auf das menschliche Leben, Aussteuer- und Kinderversicherungen, Leibrenten.

Resultate des am 31. Juli 1866 geschlossenen Geschäftsjahrs:

Neue Anträge 5020 mit einem Kapital von 46,235,718 Fr. Hievon wurden 4550 mit einem Kapital von 41,403,344 Fr. angenommen. Der neu hinzugekommene Prämienzuwachs betrug in diesem Jahr 1,111,140 Fr.

Die Totaleinnahmen der Gesellschaft sind in diesem Jahr auf 6,436,981 Fr. gestiegen, worunter 5,781,030 Fr. Prämieneinnahmen und 655,950 Fr. Zinsenbezüge für angelegte Kapitalien. Für Sterbfälle und verfallene Policen wurden in diesem Jahr 1,765,704 Fr. ausbezahlt, und nach Zahlung dieser Summe und Abzug aller andern Kosten dem Reservefond ein Ueberschuß von 2,942,206 Fr. 85 Cts. zugewiesen.

Am Schlusse des Jahres 1866 betrug das reine Aktivvermögen der Gesellschaft nahezu 25 Millionen Franken.

Die Hauptagentur in Mannheim:

W. Fecht.

Die Hauptagentur in Karlsruhe:

Felix Noël, Friedrichsplatz Nr. 5, Entresol.

Verkauf eines Ritterguts.

Z.v.9. Die Grundherrschaft Poltringen — Oberamts Herrenberg — Königreich Württemberg, mit Patronatsrechten, je 1½ Stunde von der Universitätsstadt Tübingen und von dem Bischofsitz Rottenburg entfernt, bestehend aus einem schönen großartigen Schloß und umfangreichen Oekonomiegebäuden, Mahlmühle und 313 Morgen Gärten, Aecker, Wiesen und Waldkulturen, wird von dem Besitzer am 15. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr, im Schloß zu Poltringen aus freier Hand parzellenweise verkauft, wenn sich bis dahin kein Gesammtkäufer meldet.

Dieses Gut ist ein eben so schöner als angenehmer und einträglicher Herrschaftssitz, unmittelbar an der Ammer und in einer volkreichen Umgegend gelegen. Da die im besten baulichen Stande befindlichen Gebäulichkeiten mit angrenzenden größern Gärten, Wiesen und Aeckern zu jedem industriellen Betrieb, hauptsächlich aber zu einer größern Bierbrauerei sich eignen, so wäre einem Kaufsliebhaber, da es an ausreichenden Arbeitskräften nicht fehlt, auch die Gelegenheit geboten, sämmtliche Gebäulichkeiten mit Wasserkraft und mit beliebigen Grundstücken unter sehr günstigen Zahlungsbedingungen zu kaufen.

Viele der Aecker eignen sich vorzüglich zum Hopfenbau und könnte zu diesem Behuf das Erträgniß von wenigstens 50,000 Stöcken auf den Oekonomiegebäuden getrocknet werden.

Da ein Verkauf vor dem 15. Juli unter der Hand abgeschlossen werden könnte, so mögen die Kaufsliebhaber die Herrschaft einsehen, oder etwaige Anfragen an den Generalbevollmächtigten, Herrn Oberjustizprokurator Pfeilsticker in Tübingen, oder an das unterzeichnete Rentamt richten.

Freiherrl. v. Ulm'sches Rentamt in Poltringen.

Z.v.18. Nr. 83. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Hoher Weisung zufolge wird nächsten Freitag den 7. M., Morgens 10 Uhr, der gothische Thurm, in der Vorhalle desselben, auf den Abbruch versteigert.

Die Steigerungsbedingungen können bis dahin jeden Mittag bei dem Unterzeichneten im südlichen Erbprinzengarten eingesehen werden.

Karlsruhe, den 3. Juni 1867.

Berckmüller, Oberbaurath.

Z.v.37. Waldkirch.

Holzversteigerung.

Aus den Gemeindewaldungen der Stadt Waldkirch werden am

Freitag den 14. Juni d. J.,
Morgens halb 9 Uhr anfangend,

im Rathhaussaale allda versteigert:

436 tannene Stämme,
166 „ Klötze,
31 forlene Stämme,
28 „ Klötze,
89 eichene Stämme, zu Rebstecken geeignet,
8 buchene Klötze.

Waldkirch, den 1. Juni 1867.

Der Gemeinderath.
Weiß, Bürgermeister.

Z.w.43. **Karlsruhe.**

Gasthof-Verkauf.

Der schon seit vielen Jahren in Nah und Fern renommirte

„Gasthof zum Goldenen Adler"

mit Realgerechtigkeit, in der Karl-Friedrichs-Straße, Mitte der Stadt, in der Nähe des Bahnhofs, neben dem Rathhaus und Marktplatz gelegen, soll mit oder ohne Einrichtung aus freier Hand verkauft werden, und die Uebernahme am 23. Oktober stattfinden.

Das Anwesen besteht in einem dreistöckigen, massiv von Stein gebauten Hause, zweistöckigem Seiten- und Querbau; in dem untern Stock das Wirthschaftslokal, Speisesaal, Wirthszimmer, Küche, daran stoßende 5 Zimmer, Wohnung des bisherigen Besitzers; in den obern Stockwerken 21 Gastzimmer, 6 Mansarden für das Dienstpersonal und großer Speicher.

Sodann ein gewölbter Keller zu 250 Ohm Faß, großer Hof, Stallung für 50 Pferde, Remise, Waschküche und kleiner Garten.

Die Rentabilität und Frequenz während der letzten 12 Jahre kann nachgewiesen werden.

Lusttragende belieben sich wegen weiterer Auskunft schriftlich oder mündlich an den Unterzeichneten zu wenden.

J. Stoffleth
zum Goldenen Adler.

Z.v.21. **Rottweil am Neckar** (Württemberg).

Wir zeigen hiemit an, daß unsere im Laufe des vorigen Jahres explodirten Werke nach ganz neuer Konstruktion wieder vollkommen hergestellt, und wir dadurch in der Lage sind, jeden auch noch so belangreichen Auftrag in den verschiedensten Sorten von Pulver, wie von dem neuen Spreng-Material „Haloxylin", ebenso prompt wie früher, in der bekannten guten Qualität, und zu bedeutend ermäßigten Preisen auszuführen.

Sicherheitszünder empfehlen wir ebenfalls in allen Sorten billigst.

Flaig & Duttenhofer,
Pulver- und Haloxylin-Fabrik.

Silber's Hotel zum Weissen Adler,
Breslau i. Schl.

Z.w.841. Einem geehrten reisenden Publikum hiemit die ergebene Anzeige, daß ich das Hotelgeschäft meines Schwiegervaters, mit Ausnahme des Weingeschäftes, auf eigene Rechnung übernommen habe. Ich werde es mir zur Aufgabe machen, den alten Ruf des Hauses zu bewahren, und halte mich einem geneigten Wohlwollen bestens empfohlen.

W. Quitz aus Baden.

Die Gewerbe- u. Industrie-Ausstellung
in Chemnitz

für Erzeugnisse aus allen Ländern sächs. Namens, der königl. preuß. Provinz Sachsen, sowie der reuß. und schwarzburg. Fürstenthümer ist täglich geöffnet. Dauer derselben bis Ende August a. c.

Sämmtliche Eisenbahn-Direktionen des Ausstellungs-Gebietes gewähren für die Tour nach Chemnitz während der Dauer der Ausstellung Tagesbillets mit 5tägiger Giltigkeit.

Der Ausschuß der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung zu Chemnitz.

F. X. Rewitzer. Z.w.808.

Z.v.29. Oestringen.

Marktstandplätze-Versteigerung.

Montag den 8. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, werden die Marktstandplätze dahier auf weitere 6 Jahre an die Meistbietenden öffentlich versteigert.

Oestringen, den 4. Juni 1867.

Das Bürgermeisteramt.
Gramlich.
vdt. Baumgärtner.

Z.v.31. Nr. 2444. Heidelberg.

Vergebung von Hochbau-Arbeiten
für die
Meckesheim—Jaxtfelder Bahn.

Die Herstellung des Aufnahmsgebäudes der Station Sinsheim soll im Soumissionswege in Akkord vergeben werden.

Die einzelnen Bauarbeiten betragen:

1)	für die Maurerarbeit	14,175 fl.
2)	„ „ Steinhauerarbeit	6,556 fl.
3)	„ „ Gypserarbeit	2,558 fl.
4)	„ „ Zimmerarbeit	4,482 fl.
5)	„ „ Schreinerarbeit	4,188 fl.
6)	„ „ Glaserarbeit	1,186 fl.
7)	„ „ Schlosserarbeit	1,902 fl.
8)	„ „ Gußwaaren	897 fl.
9)	„ „ Blechnerarbeit	1,280 fl.
10)	„ „ Schieferdeckerarbeit	1,068 fl.
11)	„ „ Tünchererarbeit	972 fl.
12)	„ „ Tapezierarbeit	493 fl.
	zusammen	39,757 fl.

Pläne, Voranschlag und Akkordbedingungen können täglich bei unterzeichneter Stelle — Bergheimerstraße Nr. 47 — eingesehen werden.

Die Angebote sind nach Prozenten der Voranschlagssummen für die einzelnen Arbeiten zu stellen, und längstens bis

„Dienstag den 11. d. M., Nachmittags 2 Uhr,"

mit genauer Bezeichnung der Arbeiten auf den Aufschriften, versiegelt und portofrei dahier einzureichen, zu welcher Zeit auch die Soumissionseröffnung stattfinden wird.

Dabei wird bemerkt, daß den Angeboten Zeugnisse über tüchtige Leistungsfähigkeit beizulegen sind.

Heidelberg, den 4. Juni 1867.

Großh. Eisenbahn-Hochbau-Inspektion.
Helbling.
Henecka.

Z.w.973. Karlsruhe.

Verkauf von Alteisen.

Mit Ermächtigung großh. Direktion der Verkehrs-Anstalten werden wir

Dienstag den 11. Juni d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

auf unserm Geschäftszimmer das Ergebniß an Alteisen öffentlich versteigern, und zwar:

circa 15000	Zentner	Schienen und Schienenstücke,
„ 180	„	alten Stahl von Feilen, Wagenfedern und Bandagen,
„ 1200	„	Alteisen von Kurbeln, Achsen, Radreifen ꝛc.,
circa 250	Zentner	Blechabfälle,
„ 75	„	alte Dampfkessel und
„ 550	„	altes Gußeisen.

Dies wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Versteigerungsbedingungen am Versteigerungstage selbst bekannt gegeben werden.

Karlsruhe, den 1. Juni 1867.

Verwaltung
der großh. Eisenbahn-Hauptwerkstätte und des Hauptmagazins.
Delisle. Meißlinger.

Z.w.984. Karlsruhe.

Silberfasanen-Verkauf.

Eine Anzahl schöner Silberfasanen ist zu verkaufen. Das Nähere bei der Expedition der Karlsruher Zeitung zu erfragen.

Z.v.546. Nr. 7562. Offenburg. (Aufforderung.) Die St.-Andreas-Hospitalverwaltung hier hat vorgetragen, daß keine Erwerbsurkunden über die nachbeschriebenen Grundstücke vorhanden seien, welche der Hospitalfond in Griesheimer Gemarkung seit undenklichen Zeiten eigenthümlich besitze:

Plan Nr. 5, Grundstück Nr. 805: 1 Morgen 45 Rthn. Wiesen in der Stokecht, einers. Andreas Jockerst, anders. Valentin Jockerst von Windschläg;

Plan Nr. 5, Grundstück Nr. 808: 1 Morgen 208 Rthn. Wiesen in der Stokecht, einers. Andreas Jockerst alt, anders. Wenzeslaus Kempf von Windschläg;

Plan Nr. 11, Grundstück Nr. 1869: 196,5 Rthn. Wiesen in der Dühl, einers. Heidt Heinrich We., Nikolaus Bahr;

Plan Nr. 11, Grundstück Nr. 2145: 298 Rthn. Wiesen und Oedung im Grüble, einers. Aufstößer, anders. die Kinzig;

Plan Nr. 12, Grundstück Nr. 1904: 7 Morgen 186 Rthn. Wiesen in der Dühl, einers. Karl Litterst von Bohlsbach, anders. Aufstößer und Gemeindewiese;

Plan Nr. 12, Grundstück Nr. 2243: 4 Morgen 335 Rthn. Wiesen im Grüble, einers. Mich. Jockerst der V., anders. Jakob Vogt von Hesselhurst.

Auf Antrag der genannten Verwaltung werden nun alle Diejenigen, welche an diesen Grundstücken dingliche Rechte, lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche haben, aufgefordert, solche

binnen 2 Monaten

hier geltend zu machen, indem dieselben sonst für erloschen erklärt werden würden.

Offenburg, den 29. Mai 1867.

Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

Z.v.559. Nr. 3233. Eberbach. (Fahndung.) In der Nacht vom 1. auf den 2. d. M. wurde zu Unterhöllgrund, Gemeinde Waldkatzenbach, eine dreijährige, schwarzgraue, trächtige Eselin entwendet. Verdacht fällt auf einen 28- bis 30jährigen Burschen, dessen Spur bis nach Keilbach verfolgt wurde. Derselbe trug blaue leinene Hosen, einen Wamms und schwarze Schildkappe, und sprach die hessische Mundart.

Wir bitten um Fahndung.

Eberbach, den 4. Juni 1867.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hauser.

Z.v.562. Nr. 4055. Gerlachsheim. (Berichtigung.) In dem Ausschreiben vom 24. v. Mts. (Beiblatt Nr. 128) ist der Name unrichtig angegeben und muß es statt Schenze, Küfer Georg „Scherer" Witt. heißen.

Gerlachsheim, den 1. Juni 1867.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schwab.

Z.v.563. Nr. 4075. Gerlachsheim. (Berichtigung.) Im Ausschreiben vom 24. v. M. (Beil. Nr. 128) ist der Wohnort der Michael v. Brunn Witt. irrig angegeben, und muß es „Grünsfeld" statt Grünwald heißen.

Gerlachsheim, den 1. Juni 1867.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schwab.

Z.w.948. Achern. (Gehilfenstelle.) Unsere erste Gehilfenstelle mit 600 fl. jährlichem Gehalt kommt in einem Vierteljahr in Erledigung und soll mit einem geübten Praktikanten oder Assistenten wieder besetzt werden.

Bewerber wollen sich unter Anschluß ihrer Zeugnisse anher melden.

Achern, den 31. Mai 1867.

Großh. Obereinnehmerei.

Frankfurt, 4. Juni 1867.

Staatspapiere.

			Per compt.				Per compt.
Preuß.	5%	Obligation.	— —	Luxbrg.	4%	O.Fr. à 28kr. b. R.	— —
„	4½%	do. b. Rothf.	— —	„	4%	do. à 105 tk. b. R.	78¾ P.
„	4%	do. do.	— —	Oesterr.	5%	Met. i. S. b. R.	— —
„	3½%	Staatssch.	— —	„	5%	do. 1852 i. Lt.	68¾ G.
Frankf.	3½%	Obligation	81⅜ G.	„	5%	do. 1859 „ „	63¼ P.
„	3%	do.	— —	„	5%	do. 1864 „ „	— —
Nassau	4½%	Obl. b. Rothsch.	94¾ G.	„	5%	Met. v. 1865 6/7	65⅞ G.
„	4%	do.	89 G.	„	5%	Nat.-A. 1854	55¾ bez.
„	3½%	do.	83 P.	„	5%	Met.-Obligat.	— —
Kthess.	4%	Obl. Rthlr. à 105	93 G.	„	5%	do. 1852 C. b. R.	— —
Bayern	5%	Obligation. b. R.	100¾ G.	„	5%	do. steuerfr. 66	49⅞ bez.
„	4½%	1jährig „	94⅜ P.	„	4½%	Met.-Obligat.	42¼ P.
„	4½%	½jährig „	94⅞ P.	Rußld.	5%	Obl. in L. à fl. 12	85½ P.
„	4%	1jährig „	90¼ G.	Finnld.	4½%	Ob. i. R. à 105	82¼ G.
„	4%	½jährig „	90¼ G.	„	4½%	Pfdb. i. R. à 105	82 G.
„	4%	Ablös.-R. „	90⅛ G.	Belgien	4½%	O. i. Fr. à 28kr.	99½ P.
„	3½	do. „	— —	Italien	5%	Lomb. i. S. b. R.	— —
Sachsn.	5%	Obl. b. Rthl. à 105	104½ G.	„	5%	Venet. C. b. R. 6/7	— —
Wrtbg.	4½%	Obl. b. Rothf.	94¼ P.	Schwd.	4½%	O. i. R. à 105	85¼ P.
„	4%	do.	— —	„	4½%	do. i. L. à 12 fl.	— —
„	3½%	do.	83 P.	„	4½%	Pfbf. i. R. à 105	83¼ P.
Baden	4½%	Obligation	94 P.	Schwz.	4½%	C. O. i. Fr. à 28	— —
„	4%	do.	89⅛ P.	„	4½%	Bern. Std.-O.	94½ P.
„	3½%	do. v. 1842	— —	„	4%	do.	85 G.
G.-Hess.	4%	Obligation	92½ P.	„	5%	Gf. St.-O. Fr. 28	98½ G.
„	3½%	do.	— —	N.-Am.	6%	St. i. D. r. 1881	— —
Brschw.	3½%	Obl. b. R. à 105	— —	„	6%	do. r. 1882	77⅞ b. G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	128¼ P.	4% Hess. Ludwigsbahn	127¾ G.
3% Oesterr. Bank-Aktien	689 G.	3% Oester. St.-Eisnb.-Prior.	49¼ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	178½ G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	45⅛ bez.
5% Pfdbr. d. österr. Cred.-A.	— —	3% Liv. E. D. & D. Fr. à 28kr.	32⅜ bez.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr.-Eisb.-Prior.	49¼ P.
4% Pfandbr. d. bayr. Hyp.-B.	90½ G.	4½% Rhein-Nahed. Pr.-Ob.	— —
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	209 G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	— —
4% Weimar. Bank-Aktien	— —	Frkft. Rückvers.-A. 10% „	— —
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	— —	Frankf. Vereins-Kasse	— —
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	75⅛ G.
Rhein-Nahe-Bahn Thlr. 200	— —	5% do. neueste Emiss. „	70½ G.
Taunusbahn-Aktien à fl. 250	325 P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. „	75¼ G.
3½% Frankf.-Han.-Eisnb.-A.	109¾ bG	5% Galz. Carl Ldwb. Pr. O. „	79¾ G.
4½% Frankf.-Han. Prior.-O.	— —	5% Schweiz. C. P. b. R. à 28kr.	— —
4% Bfandbr. d. Frkf. Hyp.-Bk.	— —	4½% Hess. Ludwigsb.-Prior.	94⅞ G.
5% Oesterr. Staats-Eisenb.-A.	221 G.	5% Oestr. Ld. 1. Pr. O. i. Silb.	— —
5% Elisab.-B. fl. 200 pr. St. 5/8	111 G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Böhm.-Westb.-Akt. fl. 200	— —	4½% Ludwh.-Verb. Pr.-Obl.	— —
4% Ludwh.-Verb. Eisenbahn	151 bez. G.	4% „ „	90⅝ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	— —	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	— —
4½% Pfälz. Markbahn b. Rothf.	107¾ P.	4½% Bayr. Ostb. 50% „	— —
4½% Bayr. Ostbahn-Aktien	116⅞ P.	4% Pfälz. Nordb. 15% „	— —

Anlehens-Loose.

3½% Preuß. Pr.-A.	—	—
Kurh. 40 Thlr. L. b. R.	—	—
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36 G.	
3% St. Hmb. v. 1866	—	—
4% Bayr. Prām.-A.	99⅞ b. G.	
Bad. 35-fl.-Loose	54 P.	
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	143½ bz.	
„ 25 fl. „ „ „	—	—
Ansb.-Gunzenh. L.	11 G.	
Oest. 250 fl. b. R. 1839	—	—
„ 250 fl. „ 1854	63¼ P.	
„ 100 fl. Prz. 1858	122 G.	
„ 500 fl. v. 1860 6/7	72⅜ b. G.	
„ 100 fl. v. 1864	74¼ b. G.	
Schwed. Rthlr. 10 S.	10⅜ P.	
Sard. 36-Fr.-L. b. R.	—	—
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	27½ P.	
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	—	—

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100⅜ G.
Antwerpen	„	94⅝ G.
Augsburg	„	100 B.
Berlin	„	105¼ B.
Bremen	„	97⅜ B.
Brüssel	„	94⅝ G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88⅜ G.
Leipzig	„	105¼ G.
London	„	119½ bz.
Mailand	„	— —
München	„	99⅞ B.
Paris	„	95 B.
„ 60 à 90 T.	—	—
Wien	k. S.	95⅜ G.
Disconto		3% G.

Gold und Silber.

Preuß. Kassch. fl.	1 45-45¼	
Preuß. Frd'or. „	9 56½-57½	
Pistolen „	9 44-46	
„ doppelte „	9 45-47	
Holl. 10-fl.-St. „	9 50-52	
Rand-Ducat. „	5 33-35	
20-Frankenst. „	9 28-29	
Engl. Sover. „	11 52-56	
Russ. Imper. „	9 45-47	
Gold pr. Zollpfd. „	—	—
Alte österr. 20r. „	—	—
Rand-20r. „	—	—
Hb. Silb. p. Zpfd. „	—	—
Doll. in Gold „	227-28	

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)